

Zeitschrift: Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen
Band: 43 (1970)
Heft: 7

Artikel: Mit törichten Behauptungen gegen die Landesverteidigung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-562956>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit törichten Behauptungen gegen die Landesverteidigung

355.45(494)

10/11

Als «Attentat gegen die Armee» bezeichnete Chefredaktor und Nationalrat Helmut Hubacher in der «AZ» den Versuch eines Komitees, die obligatorische durch eine freiwillige Wehrpflicht zu ersetzen. Zudem soll jegliche Waffenproduktion in unserem Lande durch die Verfassung untersagt werden. Demnächst soll ein Volksbegehren mit diesen Zielsetzungen lanciert werden. Nach den Angaben Hubachers besteht das Initiativkomitee aus den Restbeständen des «Zürcher Manifestes» sowie aus dem «Bureau de recherches militaires, Zurich». Der Vorstoss wird wie folgt begründet: «50 Prozent aller Jugendlichen in der Schweiz nehmen heute gegenüber der Landesverteidigung eine ablehnende Haltung ein, und dieser Prozentsatz ist in ständigem Zunehmen begriffen. 30 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung sind für den Verzicht auf eine eigene Waffenindustrie. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zeigt, dass die Schweizer Armee schon damals ein unwesentlicher Faktor zur Aufrechterhaltung unserer Souveränität gewesen ist. Die Protestantische und die Katholische Kirche liefern der Armee die ideologische Krücke, die irrationale Rechtfertigung für den sinnlosen Militärbetrieb. Die Botschaft des Jesus von Nazareth, also die Grundlage des Christentums, war jedoch gekennzeichnet von den Gedanken der Nächstenliebe und der Gewaltlosigkeit. Das Christentum ist unvereinbar mit jeder Art von Armeearganisation. Der moderne Krieg ist Krieg der Armeen gegen die Zivilbevölkerung geworden. Unsere Armee würde uns zu Tode verteidigen. Der Zweck der Armeen, die Wehrlosen zu beschützen, wird nicht mehr erfüllt. Die Schweizer Armee hat die Tendenz zu einer Schutztruppe für die etablierte Ordnung zu entarten.»

Aus der Luft gegriffen

Die hier angeschlagene Tonart entspricht genau dem, was das «Zürcher Manifest» bisher von sich gegeben hat. Grosszügig wird Behauptung an Behauptung gereiht, apodiktisch, aber ohne irgendwelchen Nachweis, dass die Stichhaltigkeit unanfechtbar sei. Dass 50 Prozent aller Jugendlichen unseres Landes zum vorneherein gegen die Landesverteidigung eingestellt seien, ist ganz einfach nicht wahr. Wenn auch zuzugeben ist, dass viele Jugendliche mit einer skeptischen Einstellung in die Rekrutenschule einrücken, gibt es andererseits doch keine Anhaltspunkte dafür, dass die Wehrunwilligkeit ein Ausmass erreicht hätte, das auch nur annähernd den Behauptungen der Zürcher Initiativgruppe nahekäme.

Die gegenwärtige Situation dürfte der Rechenschaftsbericht des Militärdepartementes für das Jahr 1969 am besten erfassen, der feststellt, dass die wachsende Unrast, die sich in einem Teil unserer Jugend ausbreitet, in vermehrtem Masse auch in der Armee spürbar ist. Diese wie auch ihre Einrichtungen begegnen in der Öffentlichkeit mehr als früher

Missverständnissen und da und dort auch der Ablehnung. Die neuen Erscheinungen einer gewissen Wehrverneinung zeigen sich namentlich auch in einem Ansteigen der Fälle von Dienstverweigerung, wobei die neue Form der Verweigerung aus politischen Gründen aufgetaucht ist. Im vergangenen Jahre wurden 96 Dienstverweigerer verurteilt, gegenüber 67 in Jahre 1968. Die Zunahme ist zwar verhältnismässig gross, doch fällt sie im Vergleich zum Gesamtbestand kaum ins Gewicht. Es darf immerhin darauf hingewiesen werden, dass im vergangenen Jahre 30 940 Rekruten von den schriftlichen pädagogischen Rekrutenprüfungen erfasst worden sind. Rund 150 000 Jugendliche, fast gleichviel wie im Vorjahr, haben sich 1969 an den Grundschulkursen, Grundschultrainings und Grundschulprüfungen des turnerisch-sportlichen Vorunterrichts beteiligt. Wäre die Wehrunwilligkeit wirklich so grotesk angewachsen, wie es das Zürcher Komitee behauptet, dann hätte man mindestens in diesem Bereiche einen wesentlichen Abfall zu verzeichnen gehabt.

Verhältnisblindheit

Die Fehlinterpretation des Tatsächlichen geht auf jene Verhältnisblindheit zurück, die dem «Zürcher Manifest» selbst zum Verhängnis geworden ist. Es hat sich ja sehr rasch herausgestellt, dass seine politische Kraft über einige rhetorische Floskeln und mehr oder weniger elegant aufgezoogene Happenings nicht hinausreicht. Vor historischen Tatbeständen wird ohnehin die Flucht ergriffen; das fällt umso leichter, als einfach alle Brücken zur Vergangenheit abgebrochen werden. Dass es unter derartigen Voraussetzungen zu krassesten Fehlbeurteilungen kommen muss, kann nicht überraschen.

Es ist so, wie Nationalrat Hubacher schreibt: «In Stunden der Gefahr nützt eben die Waffe in der Hand mehr als schöne Deklamationen aus Friedenszeiten. Dazu: keine Grossmacht würde unsere Entwaffnung nachahmen. Zudem: die Schweiz unterhält eine Defensivarmee, die niemanden angreifen, sondern nur verteidigen will. Solange es auf dieser Welt eben nicht friedlicher zu- und hergeht, brauchen wir diese Versicherung.»

Zufälligerweise haben wir gerade dieser Tage erfahren, dass die Neigung von Rekruten, nach den ersten 17 Wochen auch noch die Strapazen der Unteroffiziersschule und des Abverdienenens auf sich zu nehmen, wieder ganz merklich im Steigen begriffen ist. Auch daraus darf man wohl den Schluss ziehen, dass die Wehrfeindlichkeit sich nach wie vor in jenen engen Grenzen hält, die zwar eine ständige Auseinandersetzung mit dem Problem rechtfertigen, aber keineswegs zur Annahme verleiten dürfen, dass unsere männliche Jugend überhaupt kein Verständnis bekunde für die Rolle, die in unserem Staate der Bürger in Uniform spielt.

Sch.